Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 73 (1998)
Heft: 7-8

Artikel: Runder Tisch eine Fehlkonstruktion
Autor: Fritschi, Oscar
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-716450

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Finanzpolitik:

Runder Tisch eine Fehlkonstruktion

Von Dr. Oscar Fritschi, Nationalrat, Wetzikon

Im Schatten der Genverbots-Initiative stand am eidgenössischen Abstimmungswochenende vom 7. Juni die Vorlage «Haushaltsziel 2001» zum Entscheid an. Sie will Spardisziplin per Verfassungsbestimmung erzwingen. Bis in drei Jahren soll der Bundeshaushalt – welcher derzeit täglich 9 Millionen Franken an Schuldzinsen bezahlt – ins Lot gebracht werden.

Die Absicht ist löblich, und der von der Landesregierung abgesegnete Konsens am runden Tisch, nach einem Verhandlungsmarathon von neun Stunden irgendwann zwischen Mitternacht und Morgengrauen zustande gekommen, scheint die konkrete Umsetzung des abstrakten «Haushaltsziels 2001» aufzuzeigen: mit welchem Sanierungsprogramm nämlich das Bundesdefizit um 2 Milliarden reduziert werden kann.

Mehreinnahmen statt Einsparungen

Allerdings: Er scheint nur! Zumindest nach unserer Auffassung stellt der Konsens am runden Tisch keineswegs das Ei des Kolumbus dar. Im Gegenteil: In Teilbereichen haftet dem Kompromiss nichts weniger als der penetrante Geruch eines faulen Eis an.

Das beginnt bei der Struktur des Sanierungspakets. In den neunziger Jahren stiegen die Einnahmen um mehr als ein Fünftel – von einem Aushungern des Staates also keine Rede –, die Ausgaben kletterten aber um die Hälfte nach oben, und die Sozialkosten verdoppelten sich gar. Die naheliegende Schlussfolgerung musste demnach lauten: Sanierung nicht in erster Linie über Mehreinnahmen – welche die Staatsquote weiter in die Höhe treiben –, sondern über Einsparungen, und hier in erster Linie Priorität im Sozialbereich.

Die Wirklichkeit sieht allerdings ziemlich genau gegenteilig aus. Der runde Tisch bringt 2,3 Milliarden Mehreinnahmen, vorab dadurch, dass das hoch und heilig als befristet deklarierte dritte Lohnprozent bei der Arbeitslosenversicherung weiter erhoben werden soll. Dem stehen deutlich geringere Einsparungen, nämlich – streng genommen – 1,4 Milliarden, gegenüber; die hier zusätzlich aufgeführte halbe Milliarde zu Lasten der Kantone bringt eine blosse Umlagerung und reduziert die Staatsquote um gar nichts.

Und was schliesslich den Sozialbereich anbetrifft: Die von der Linken unter grossem Jammern zugestandene Einsparung um 300 Millionen bei AHV/IV macht ziemlich genau ein Prozent des Jahresumsatzes von AHV und IV aus. Mit anderen Worten: Sie liegt im Streubereich ...

Einiges an Widersprüchen

Etwas pointiert formuliert, lässt sich demnach sagen, dass der runde Tisch keineswegs eine konkrete Umsetzung des «Haushaltsziels 2001» aufzeigt. Er bildet vielmehr den ersten Sündenfall, denn die Vorlage «Haushaltsziel» will ausdrücklich auf dem Weg über Sparmassnahmen sanieren.

Gespart in einem Umfang, dass es weh tut, hat der runde Tisch indessen in einem einzigen Bereich. Die Landesverteidigung diente einmal mehr als bequemes Ausgleichsbecken: Sie hatte jene zusätzlichen Beiträge ins Sanierungspaket einfliessen zu lassen, um welche die bundesrätlichen Vorgaben – insbesondere im Sozialbereich – verfehlt wurden.

Dass selbst im Siebnerkollegium der Landesregierung die Grundidee des «Haushaltsziels 2001» – den Staat einen nicht immer grösseren Anteil am Bruttosozialprodukt verschlingen zu lassen – noch keineswegs Allgemeingut geworden ist, beweist Frau Dreifuss. Drei Tage nachdem sie bei der Präsentation der Ergebnisse des runden Tisches mitwirkte, trat sie wieder vor die Medien und versprach dem Grossteil der Bevölkerung eine ungekürzte AHV-Rente ab 62 Jahren bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2,5 Prozent. Was – die bereits beschlossene und auf nächtes Jahr in Kraft tretende Erhöhung um ein Prozent mitberücksichtigt – zusätzliche Steuern von gegen 8 Milliarden Franken bedeuten würde!

Verankerung fehlt

Der runde Tisch erweist sich indessen nicht nur vom Ergebnis her als fragwürdig. Er ist von Grund auf eine Fehlkonstruktion, weil er nicht in unser politisches System passt. In der Bundesrepublik Deutschland, wo das Wahlrecht die einzelnen Bundestagsabgeordneten sehr direkt vom Wohlwollen der Parteiführung abhängig sein lässt, können die Chefs der Parteien Absprachen treffen und alsdann ihren Fraktionsmitgliedern Order erteilen, wie sie abzustimmen haben.

Bei uns besteht dieses Abhängigkeitsverhältnis nicht. Den Teilnehmern am runden Tisch steht einzig die Seelenmassage gegenüber den Parlamentariern zu Gebot, wenn sie eine Stimmabgabe im Sinne des erzielten Konsenses erreichen wollen.

Wenn insbesondere von einem dreijährigen Globalbudget für die Landesverteidigung die Rede ist, wird dadurch keine Ratsfrau und kein Ratsherr daran gehindert, bei der nächsten Budgetdebatte weitere Kürzungsanträge zu stellen – es sei denn, es wurde mit dem Sanierungspaket gleichzeitig eine Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes beschlossen. Desgleichen steht es jedermann frei, das angekündigte Rüstungsprogramm abzulehnen. Dem runden Tisch fehlt die Verankerung; er ist konstant absturzgefährdet.

Warten auf Tatbeweis

Wenn wir – im Gegensatz zum Lobgesang in den meisten Medien – deutliche Fragezeichen zum Konsens am runden Tisch setzen, so bedeutet das umgekehrt nicht, dass wir das «Haushaltsziel 2001» in Frage stellen. Die Vorlage ist angesichts des desolaten Zustandes unserer Bundesfinanzen notwendig, und sie weist den richtigen Weg: über das Sparen nämlich.

Der einzige Vorbehalt geht dahin, dass vorläufig erst die Zustimmung der Stimmberechtigten zum Sparen auf dem Papier eingefroren wird. Da wird sich noch mancher Finanzpolitiker mit Inbrunst für ein Ja in die Schanze schlagen. Erst wenn es darum geht, beim Sparen Ross und Reiter zu nennen, und wenn die bösen Briefe der Betroffenen (und potentiellen Wähler) in die Briefkästen der Parlamentarier flattern, wird der Tatbeweis eingefordert. ✚

Alptraum

Man stelle sich vor, im Lande Israel wären der Stellvertreter des Regierungschefs, der Aussenminister, der Verteidigungsminister, der Wirtschaftsminister, der Finanzminister, der Präsident der Finanzkommission des Parlamentes allesamt Jesuiten. Man stelle sich vor, 30% der Angehörigen der Knesset würden mit den Jesuiten sympathisieren, die Botschafter Israels wären Jesuiten und der Chef der Notenbank ebenfalls.

Man stelle sich vor, es gäbe in Tel Aviv eine «Jesuitische Agentur» und in Spanien einen «Jesuitischen Weltkongress». Die Präsidenten beider Organisationen würden zusammen mit Repräsentanten der Staatsverwaltung eine weltweite Diffamierungskampagne gegen die Schweiz starten. Grund: Aufhebung der Klöster, Vertreibung der Jesuiten aus der Schweiz, Unterwerfung der Sonderbundskantone und Verstaatlichung kirchlichen Grundbesitzes in der Mitte des letzten Jahrhunderts ...

Selbstverständlich wären die beiden grössten Tageszeitungen in Israel ebenfalls von den Jesuiten kontrolliert, desgleichen zwei Fernsehanstalten und viele angeschlossene Redaktionen. Man stelle sich vor, im Auftrag des «Jesuitischen Weltkongresses» würde von jesuitischen Advokaten eine Sammelklage gegen die Schweiz angedroht. Die Schweiz würde weltweit diffamiert und die BBC brächte, mit Hilfe des Fernsehens DRS, einen Film, der das Geschichtsbild völlig verzerrt und die Schweiz und unser Volk beleidigt und demütigt. Weiter würden schweizerische Wirtschaftsunternehmen in Israel mit Boykott bedroht. Der von der ganzen Entwicklung alarmierte Schweizer Botschafter in Israel würde seinem Chef einen vertraulichen Bericht zustellen, in dem er Klartext redet. Die Sonntagszeitung würde daraus zusammenhanglos zitieren und einen Entrüstungssturm im Lande entfachen. Der Bundespräsident würde sich dazu hinreissen lassen, das ganze Spektakel als Erpressung zu bezeichnen und der CVP-Parteivorstand würde eine Resolution verabschieden, in der der Bundespräsident als untragbar bezeichnet, die Haltung des Gesamtbundesrates als unhaltbar beurteilt und eine klare Distanzierung der Regierung vom Bundespräsidenten verlangt wird. Ebenfalls würden 200 «besorgte Bürger» in ganzseitigen Inseraten klarlegen, dass sie sich durch unsere Landesregierung nicht mehr vertreten fühlen.

Der Bundesrat wäre bereit, sofort eine Historiker-Kommission einzusetzen ...

«Was soll das?» sagen Sie mit berechtigter Empörung, so etwas würden die Jesuiten doch nie tun! Recht haben Sie, die Jesuiten würden dies nie tun ... So etwas gibt es nur in Alpträumen ...

T. E. Itin, Basel